



Bericht aus Berlin *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

20.11.2009



***Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Leserinnen und Leser,***

wird jetzt – nach Dresden – alles anders? Das vielleicht nicht, aber ich bin überzeugt, vieles wird besser! Der Parteitag hat gezeigt, die Sozialdemokratie lebt und arbeitet. Niemand hat uns zugetraut, dass wir uns in einer sachlichen, offenen und ehrlichen Diskussion darüber verständigen konnten, was wir in 11 Jahren Regierungsverantwortung erreicht oder auch nicht erreicht haben. Was wir gut und was wir schlecht gemacht haben. Es gab keine Anzeichen von Selbstzerstörung und Selbstbeweihräucherung. Franz

Münzfering wurde als Vorsitzender erhobenen Hauptes verabschiedet. Das war ein würdevoller und menschlicher Umgang. Der neue Vorsitzende Sigmar Gabriel hat mit seinem großartigen Auftritt nicht nur die Sympathien der Delegierten erobert. Ich hoffe, dass die Signale von Dresden bis in jeden Ortsverein reichen und es auch dort zu einer lebendigen, ehrlichen Aufarbeitung kommt und wir in Gemeinsamkeit die neuen Aufgaben angehen. Die Beschlüsse von Dresden nehmen wir mit in unsere parlamentarische Arbeit. Ich bin bereit, in der Opposition für unsere sozialdemokratischen Ziele zu kämpfen und die Entsolidarisierung der Gesellschaft, die jetzt von schwarz-gelb eingeleitet wird, nicht zu akzeptieren. Im folgenden findet Ihr meine Einschätzungen zum Koalitionsvertrag aus meinen Arbeitsbereichen. Das sind die Themen, an denen ich in Zukunft in den Ausschüssen arbeiten werde und der Koalition energisch entgegenzutreten werde. Viel Spaß beim Lesen wünscht Eure

Angelika Krüger-Leißner

1. Zum Koalitionsvertrag – Arbeit und Soziales

Die Ausführungen zum Bereich Arbeit und Soziales bleiben weit hinter unseren Vorstellungen zurück. Sie sind **ideenlos** und zeigen **keine neuen Handlungskonzepte** auf. Hier meine Bewertung für den Bereich Grundsicherung (Hartz IV). In der Betreuung der Langzeitarbeitslosen schlägt die Koalition die **getrennte Trägerschaft von Bundesagentur für Arbeit (BA) und Kommune** vor. Das bedeutet, die BA ist für die Vermittlung in Arbeit zuständig, die Kommune für die Bewilligung und Auszahlung der Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) und notwendiger sozialer Hilfen wie z.B. Schuldner- oder

Suchtberatung. Zwei Behörden, zwei Anträge, zwei Bescheide. Unser Ansatz „Hilfen aus einer

Hand“ wäre damit *at acta* gelegt. Statt Bürokratieabbau würde **neue Bürokratie** geschaffen. Einige erinnern sich vielleicht, in der großen Koalition wurde unter Federführung von Olaf Scholz der Vorschlag der Zentren für Grundsicherung und Arbeit (ZAG) ausgearbeitet, der eine Betreuung aus einer Hand vorsah. Die dafür notwendige Grundgesetzänderung lehnte die Union jedoch ab. Das sich jetzt die Union hinstellt und behauptet, die Grundgesetzänderung scheitere an der SPD ist schlichtweg gelogen. Wir wollen keine getrennte Trägerschaft und sind zu einer Grundgesetzänderung zur Errichtung der ZAGs weiterhin bereit.

In der aktiven Arbeitsmarktpolitik wollen Union und FDP die **Arbeitsmarktinstrumente weiter kürzen**. Das geht zu Lasten der Arbeitssuchenden. Erst in diesem Jahr haben wir eine Reform der Instrumente vorgenommen. Wir sollten jetzt erstmal die Evaluierung abwarten. Weitere Kürzungen müssen wir verhindern.

Abzulehnen sind auch die Überlegungen, die **KdU zu pauschalieren**. Pauschalierungen sind das übliche Werkzeug der FDP und bedeuten nichts anderes als **Leistungskürzungen**. Damit will sich die Koalition aus der Verantwortung stehlen.



Bericht aus Berlin *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

20.11.2009



Das Thema **Bürgergeld** ist ein weiteres Beispiel davon. Sämtliche Ausgaben für die Grundsicherung, den KdU und der Sozialhilfe werden auf einen Haufen geworfen. Jeder Hilfebedürftige bekommt den gleichen Anteil, keine Sonderzuwendungen, keinen Mehrbedarf im Einzelfall mehr. Das ist Gleichmacherei, die **aus sozialdemokratischer Sicht abzulehnen** ist.

Der Vorschlag, das **Schonvermögen zur Alterssicherung für Hartz IV-Empfänger** zu erhöhen, ist zwar tendenziell richtig, geht jedoch nicht weit genug. Statt einer Grenze von 750€ pro Lebensjahr, fordern wir das gesamte Altersvorsorgevermögen freizustellen.

Die vorgeschlagenen Regelungen zum **Hinzuverdienst** gehen gänzlich an der gewünschten Wirkung vorbei. Statt den Hartz-IV Bezug zu verringern und die Sozialkassen zu entlasten, wird die Abhängigkeit in Hartz IV durch Aufstockung zementiert. Das ist der **Eintritt in staatlich gestützte Kombilöhne**, der Unternehmen dazu auffordert, gute Arbeit durch Arbeitsverhältnisse zu ersetzen, die nicht existenzsichernd sind.

Ein wichtiges Thema wird ganz ausgespart. Das ist das Thema Armut, insbesondere bei Kindern. Wir werden uns in der Arbeitsgruppe ausführlich damit befassen und auf Verbesserungen drängen.

Der **Koalitionsvertrag gibt keine grundlegenden Reformansätze im Bereich Arbeit und Soziales** zu erkennen. Die **Reformpolitik der SPD wird teilweise zurückgenommen** und es werden **Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen und SozialleistungsempfängerInnen** angestrebt, gegen die wir in den kommenden Jahren ankämpfen werden.

2. Zum Koalitionsvertrag - Filmpolitik

Zum Thema Film ist die Vereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP sehr dürrig ausgefallen. Dabei stehen wir derzeit vor größten Herausforderungen: Die **Förderung für deutsche Kinofilme** ist gefährdet und die Kinos müssen auf **digitale Projek-**

tion umgerüstet werden. Hier müssen wir bei der Finanzierung helfen, weil die kleinen Kinos damit überfordert wären. Nach Ansätzen, wie wir diese Aufgaben lösen können, sucht man im Koalitionsvertrag vergeblich. Ich habe bereits öffentlich gefordert, dass der Kulturstatsminister eine neue Initiative ergreifen muss. Der flächendeckende Erhalt der infrastrukturell und kulturell so wichtigen Kinolandschaft ist mir wichtig. Darum werde ich Druck machen

Geradezu erschreckend ist es, dass auch auf die **soziale Absicherung von Kulturschaffenden** fast gar nicht eingegangen wird. Immer mehr Künstler und Kulturschaffende fallen – trotz Künstlersozialversicherung - durch die Roste unserer Sozialversicherungssysteme. Denn immer mehr wechseln ständig zwischen Selbständigkeit und abhängiger Beschäftigung hin und her, so dass sie sich den Versicherungsarten nicht mehr klar zuordnen lassen. Hier müssen wir in der kommenden Legislaturperiode eine Lösung finden.



Viel Spaß machte der Vorlesetag in der Otto-Lilienthal-Grundschule in Wustermark - Bürgermeister Bernd Drees war auch mit dabei.

3. Termine

Samstag, 21. November 2009

10.00 Uhr UB-Parteitag Havelland in Mühlenberge

Montag, 23. November 2009

17.00 Uhr Teilnahme an der 4. Berliner Medienrede

18.00 Uhr Landesgruppe Brandenburg

19.30 Uhr Landesgruppe Ost

26.-28. November 2009

Teilnahme am Deutsch-Französischen Filmkommission